

8 Die multilinguale Schullandschaft der Stadt Lemberg und ihre Entwicklung

8.1 Einblicke in das Bildungssystem der Habsburgermonarchie und Forschungsfacetten zu seinem multilingualen Charakter

Das Bildungswesen der Habsburgermonarchie, in das die Lemberger Bildungseinrichtungen ab 1772 integriert wurden, hat in der bisherigen Forschung eine umfassende Beleuchtung aus der Warte der Geschichtswissenschaften erfahren. So bieten Bruckmüller (2011), Engelbrecht (1986; 2015), Strakosch-Grassmann (1905), Urbanitsch (2011) u. a. m. eine Gesamtschau über die Entwicklung des österreichischen Unterrichtswesens und schildern facettenreich das Bildungssystem der Habsburgermonarchie, welches im untersuchten Zeitraum dreistufig aufgebaut war: Es bestand aus Grund- oder Volksschulen, Mittelschulen und Einrichtungen der höheren Bildung (Hochschulen und Universitäten).

Für die Umsetzung der allgemeinen Schulpflicht im Grundschulbereich, die sowohl für Mädchen wie auch für Jungen im Alter von sechs bis zwölf Jahren bestand, wurden gemäß der Allgemeinen Schulordnung von 1784 in der Habsburgermonarchie drei Arten von Schulen geschaffen: Trivialschulen, Normalschulen und Hauptschulen. Nach 1869 kamen Bürgerschulen hinzu. Trivialschulen waren zumeist einklassig und seltener zweiklassig (vgl. Engelbrecht 2015: 91–92). Hier wurden neben Religion auch Lesen, Schreiben und Rechnen (Trivium) unterrichtet. Die Trivialschulen existierten in erster Linie in kleineren Städten und in allen Orten, in denen sich Pfarrkirchen befanden. Hauptschulen bestanden hingegen in größeren Städten und hatten außer der Elementarstufe noch drei aufsteigende Klassen. Die Hauptschulen boten Unterricht in Religion und Sittenlehre sowie im Rechnen, Lesen, Schön- und Rechtschreiben an. Zudem wurde hier Gesang, Zeichnen, Natur- und die so genannte Vaterlandskunde unterrichtet. Normalschulen gab es in der Regel in den Landeshauptstädten als vierklassige Einrichtungen und galten als Vorbild für andere Volksschulen. Neben der üblichen Ausbildung hatten sie die Aufgabe, in einem eigenen sechsmonatigen Kurs Lehrer für Trivialschulen vorzubereiten (Engelbrecht 2015: 90–92; Röskau-Rydel 2011: 74).

Nach dem Absolvieren einer Volksschule gab es im Bildungssystem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehrere Wege zur Weiterbildung, nämlich den des Gymnasiums, des Realgymnasiums oder der Realschule.

Das Gymnasium als Ausbildungsstätte hatte das größte Ansehen und es war auch der vorherrschende Schultyp im Habsburger Mittelschulwesen. Das klassi-

sche Gymnasium bot die Ausbildung in den traditionellen *Artes Liberales*. Es übernahm das Propädeutikum der Artistenfakultät, die ihrerseits zur Philosophischen Fakultät aufgewertet wurde, und hatte somit die Aufgabe, die allgemeine höhere Bildung unter besonderer Berücksichtigung der klassischen Sprachen (Latein und Griechisch) und Literatur zu vermitteln und seine Schüler auf das Universitätsstudium vorzubereiten (*Entwurf der Organisation der Gymnasien und Realschulen in Oesterreich* von 1849, Abschnitt 14 § 1; vgl. auch Engelbrecht 2015: 146–147). Der Lehrbetrieb der Gymnasien umfasste acht Klassen, die in eine Unter- und eine Oberstufe, also ein Unter- und ein Obergymnasium mit jeweils vier Klassen unterteilt waren. Die Schulwoche bestand aus sechs Tagen mit bis zu sechs Unterrichtsstunden am Tag. Zu den Pflichtfächern an Gymnasien gehörten Religion, Latein, Griechisch, Muttersprache, Geschichte und Geographie, Mathematik, Philosophische Propädeutik, Naturgeschichte und Physik. Die Wahlfächer waren Französisch, Musik, Kunst, Geschichte der Heimat, Gymnastik, Stenographie und die zweite Landessprache (in Lemberg waren es Polnisch und später Ukrainisch) (vgl. Engelbrecht 1986: 157; Sirka 1980: 110–112). Für die Aufnahme in ein Gymnasium war noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine Prüfung in Deutsch und Latein erforderlich, da die Vorkenntnisse beider Unterrichtssprachen grundlegend waren. Zudem mussten Vorkenntnisse in Mathematik, Lesen und Schreiben in der Unterrichtssprache unter Beweis gestellt werden (vgl. Röskau-Rydel 1993a: 149). Das Gymnasium schloss man mit einer Abiturprüfung ab, deren erfolgreiches Bestehen den Besuch der Universität als „ordentlicher Hörer“ gestattete (Engelbrecht 1986: 162). In ein öffentliches Gymnasium wurden nur Jungen im Alter zwischen 10 und 14 Jahren aufgenommen. Bis zum beginnenden 20. Jahrhundert war diese Schulform dem männlichen Geschlecht vorbehalten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erlaubten es manche Schulen, dass auch Mädchen als freie Hörerinnen im Unterricht anwesend waren und dann die Abschlussprüfung für die jeweilige Klasse ablegten. Frauen konnten ihr Abitur also nur als „Privatistinnen“ machen (Sirka 1980: 113).

Nach dem Gymnasium stellte den zweiten allgemeinbildenden Mittelschultyp die Realschule dar. Im Unterschied zum Gymnasium lag der Schwerpunkt der Realschule auf mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen sowie auf modernen Sprachen – Französisch, Englisch und Italienisch. Im Übrigen unterschieden sich die Realschulen kaum von den Gymnasien „sowohl in der inneren Organisation als auch in der dienstrechtlichen Stellung und Ausbildungshöhe ihrer Lehrer“ (Engelbrecht 1986: 154). Zwar galt die Realschule als Hauptvorbereitungsstätte für technische Studien sowie die praxisbezogene Berufsausbildung, aber nach erfolgreich bestandenen Ergänzungsprüfungen in allen Gymnasialfächern konnten ihre Absolventen ebenfalls an einer Universität studieren. 1872 wurde auch an Realschulen die Abiturprüfung eingeführt (Engelbrecht 2015: 181, vgl. auch Stinia 2017: 55).

Die dritte Kategorie der österreichischen Mittelschulen war das Realgymnasium. Es stellte das Bindeglied zwischen der Realschule und dem höherwertigen klassischen Gymnasium dar. Seine Entstehung ging auf die Reformjahre 1848/1849 zurück, als der Gedanke aufkam, einen gemeinsamen Unterbau für Gymnasium und Realschule zu schaffen und die Möglichkeit der „Combinierung der Unter-Realschule und des Untergymnasiums“ zu bieten (Engelbrecht 1986: 155). Ähnlich wie die Realschule lag der Schwerpunkt des Realgymnasiums auf modernen Sprachen und Wissenschaften und nicht auf klassischen Fächern. Dieser Schultyp hatte jedoch keine langfristige Existenz und verlor bald an Popularität (vgl. Sirka 1980: 112; Engelbrecht 1986: 156; Majorek 1990: 71).

Einen berufsorientierten Weg im gesamten Bildungssystem boten technische Schulen. Darüber hinaus zählten zur weiterführenden Stufe Berufsschulen, Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten (Lehrerseminare), kommerzielle Schulen, forst- und landwirtschaftliche Schulen, Handelsschulen, Veterinärschulen etc.

Entscheidende organisatorische und programmatische Grundlagen für Mittelschulen im untersuchten Zeitraum wurden im *Entwurf der Organisation der Gymnasien und Realschulen in Oesterreich* festgelegt. Das Dokument wurde 1849 vom Ministerialrat Prof. Franz Serafin Exner aus dem Unterrichtsministerium Franz Seraph von Sommarugas unter Mitwirkung des 28-jährigen preußischen Gymnasiallehrers Hermann Bonitz und einigen anderen Fachleuten ausgearbeitet (vgl. Engelbrecht 1986: 147). Die Urheber orientierten sich dabei am preußischen Schulsystem (vgl. Stinia 2004a: 125). Zunächst als provisorisches Dokument konzipiert, wurde der Organisationsentwurf am 9. Dezember 1854 erneut bestätigt. Somit erhielt die vorgeschlagene Reform der österreichischen Gymnasien ihre „volle Gesetzeskraft“ (Matoušek 1875: 4). Hier wurden die Schulformen und ihre Aufgaben festgelegt. Als dominierender Schultyp dieser Stufe wurde das Gymnasium benannt, das inzwischen als eine „achtklassige Bildungsanstalt“ konzipiert war (Engelbrecht 1986: 148–149). Das früher an der Universität angesiedelte zweijährige Propädeutikum als vorbereitender Kurs wurde nun in das Programm der Gymnasialbildung integriert (vgl. Stinia 2014: 33). Der Organisationsentwurf definierte zudem den Katalog der obligatorischen und der freien Unterrichtsfächer. Zu den letzteren zählten Fremdsprachen wie Französisch und Englisch. Für einzelne Fächer wurden Instruktionen und Lehrpläne bekannt gegeben. Diese Reform führte das Abitur ein, eine wichtige Neuerung für das gesamte Bildungswesen der Habsburgermonarchie. Die Abiturprüfungen galten als Selektionsprinzip für die Aufnahme zum weiteren Studium (Stinia 2017: 53). Diese neuen Leitprinzipien des mittleren Schulwesens blieben für alle Kronländer über mehrere Jahrzehnte hinweg gültig (Engelbrecht 1986: 525–530; Kramarz 2008: 81). Weitere wichtige Mittelschul- und Gymnasialreformen erfolgten unter dem Unterrichtsminister Karl Stremayr (Amtsperiode: 1870–1879, mit kurzen Unterbrechungen), der fest entschlossen war, „am bestehen-

den Zustand des Gymnasialwesens weitere Verbesserungen vorzunehmen“, und schließlich den erwähnten Organisationsentwurf durch ein neues Reichsgesetz ablöste. 1870 berief er eine Enquete-Kommission ein, um den Zustand des österreichischen Bildungswesens besser zu erfassen und die Änderungswünsche aufzunehmen. Zu den wichtigsten Änderungen der Stremayrschen Bildungspolitik gehörte die verpflichtende Einführung moderner Fremdsprachen ins Gymnasialprogramm (vgl. Engelbrecht 1986: 152). Das altsprachliche öffentliche Gymnasium blieb bis zum Ende der Monarchie die einzige Form des mittleren Bildungswegs, welche die Aufnahme von Universitätsstudien ohne Einschränkung ermöglichte. Schüler privater Gymnasien (ohne das sogenannte Öffentlichkeitsrecht) mussten ihre Prüfungen an öffentlichen Gymnasien ablegen, um die Berechtigung zur Aufnahme an eine Universität zu erlangen, denn nur öffentliche Gymnasien besaßen die Vollmacht zur Ausstellung der von staatlichen Behörden anerkannten Zeugnisse (vgl. Engelbrecht 2015: 147; 181).

Das Hochschulwesen umfasste Universitäten und Hochschulen. Daneben bestanden Staatsgewerbeschulen und andere Fachschulen, die bestimmte Zwischenstufen darstellten und die Bildungsmöglichkeiten ergänzten.

In der geschichtswissenschaftlichen Forschung wird häufig auf die Sprachenproblematik sowie die Nationalitätenfrage im Bildungswesen der Monarchie hingewiesen, was für die vorliegende Studie von besonderem Interesse ist. Dieser Aspekt fand besondere Beachtung bspw. in den Untersuchungen von Burger (1995a; 1995b), Eder (2006), Frommelt (1963) und Goldinger (1967). Die genannten Arbeiten behandeln die Sprachenfrage im Bildungswesen der Habsburgermonarchie in unterschiedlichen historischen Phasen: Während sich Eder (2006) für die Ausbreitung der deutschen Sprache zur Regierungszeit Maria Theresias und Josephs II. interessiert, beschäftigt sich Frommelt (1963) mit dem reformreichen Zeitraum von 1848 bis 1859. Über die Sprachenfrage im Kontext der zeitgenössischen Nationalitätenverhältnisse in der Zeit nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich legte Burger (1995a) eine ausführliche Studie vor. Ihre Untersuchung gilt in erster Linie dem Grund- und Mittelschulwesen im Zeitraum von 1867 bis 1918. Auch im Rahmen der historischen Soziolinguistik sind in den letzten Jahrzehnten einige Studien entstanden, die den Umgang mit Mehrsprachigkeit im Bildungswesen einzelner Regionen oder einzelner Städte der Donaumonarchie beleuchten. Dazu gehören die Arbeiten von Newerkla (1999) über Pilsen von 1740 bis 1918, von Stöhr (2010) über Prag des späten 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, von Reder (2002) über die Schulrealität in der Kleinstadt Mohatsch/Mohács sowie von Gottsmann (2003) über das Küstenland in der späten Phase der Habsburgermonarchie. Diese Untersuchungen zeigen, dass die noch im ausgehenden 18. Jahrhundert angestrebte Germanisierungspolitik der Habsburger nur bedingt erfolgreich war und bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Forderungen nach der Gleich-

berechtigung aller Sprachen im Bildungswesen laut wurden (vgl. dazu auch Kapitel 7). Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Frage der Unterrichtssprachen an den Realschulen und Gymnasien der Monarchie in dem schon erwähnten *Entwurf der Organisation der Gymnasien und Realschulen in Oesterreich* ausführlich erläutert wurde. Die genannten Studien beleuchten detailliert die politischen und sozialen Faktoren, die das Sprachverhalten der Bevölkerung im Bildungsbereich in der jeweiligen Stadt oder Region beeinflussten und zeigen unter anderem die einschneidenden Auswirkungen von rechtspolitischen Akten wie den Staatsgrundgesetzen von 1867 oder dem Reichsvolksschulgesetz von 1869 auf das Schulsystem in den betreffenden Teilen der Monarchie (vgl. insb. Reder 2002, Newerkla 1999 und Burger 1995a). Ihre Ergebnisse sind für die vorliegende Untersuchung relevant, da sie einen Vergleich mit Lemberg ermöglichen.

Im Folgenden wird die gesamte Bildungslandschaft Lembergs skizziert und die Situation der Volksschulen, des privaten Schulwesens sowie der jüdischen Schulen in Form von kurzen Exkursen geschildert, um die Verortung der Gymnasien im gesamten Schulbereich der Stadt besser aufzeigen zu können.

8.2 Lembergs weiterführende Schulen im Kontext der galizischen Bildungslandschaft

Nach der Eingliederung Galiziens in die Habsburgermonarchie wurden von Maria Theresia und später von Joseph I. Maßnahmen getroffen, die darauf gerichtet waren, das Bildungssystem des neuen Kronlandes an das Schulsystem der Monarchie anzupassen.⁵² Für diese Zwecke wurden die Einführung der allgemeinen Schulpflicht sowie der Ausbau des Grundschulwesens angeordnet (vgl. Engelbrecht 2015: 89). Durch den Erlass Maria Theresias vom 22. März 1777 trat die von Johann Ignaz Felbiger erarbeitete österreichische *Allgemeine Schulordnung für die deutschen Normal-, Haupt- und Trivialschulen in sämtlichen k. k. Erbländern* (1775) auch für Galizien in Kraft (Moser 2004a: 82). Laut dieser Schulordnung waren alle Kinder zwischen dem sechsten und dem zwölften Lebensjahr schulpflichtig, unabhängig von der Konfession, wobei die evangelischen und die jüdischen Kinder nicht am katholischen Religionsunterricht teilnehmen mussten (vgl. Röskau-Rydel 1999: 44–45). Ein wichtiges Bestreben der Schulreformen war

⁵² Ausführliche Informationen über das galizische Bildungssystem dieser Zeit finden sich in den Arbeiten vieler Historikerinnen und Historiker, z. B. Dutkova (1995), Dybiec (2015), Kramarz (2008), Łapot (2016), Majorek (1990; 1996), Moklak (2004), Możdżeń (1989), Stinia (2008; 2017) u. a. m. Speziell zu Mittel- und Hochschulwesen Galiziens siehe Gajak-Toczek (2010), Kramarz (2008), Pacholkiv (2002), Röskau-Rydel (1993a) und Sirka (1980).

die Sicherstellung, dass die Schüler bereits in den unteren Schulstufen die deutsche Sprache erlernen. Gute Kenntnisse des Deutschen wurden 1786 zusätzlich zum Normal- oder Hauptschulabschluss offiziell als Voraussetzung für ein Gymnasium gefordert (vgl. Harbig 2016: 80). 1811 wurde in ganz Galizien die Gymnasialreform des ehemaligen Piaristen Franz Innozenz Lang umgesetzt, sodass in größeren Städten an allen Gymnasien sechs Klassenstufen und in kleineren Städten fünf Klassen eingerichtet wurden (vgl. Kramarz 2008: 79).

Im Zuge der thesesianischen und josephinischen Schulreformen wurde das Schulwesen in Galizien – wie in ganz Österreich – stärker unter staatliche Kontrolle gestellt. Dabei wurde die Rolle der Kirche als Schulträger eingeschränkt. Eine vollständige Säkularisierung des Schulwesens war jedoch angesichts der unzureichenden staatlichen finanziellen Mittel und aus Mangel an ausgebildeten Laien für Schulverwaltung und Unterricht nicht möglich, sodass im Primarbereich die Kirche auch weiterhin eine bedeutende Rolle spielte (vgl. Röskau-Rydel 1999: 45).

Zwischen 1772 und 1848 wurde das Mittelschulwesen Galiziens immer wieder reorganisiert. Das führte jedoch zu keiner „dauerhaften Verbesserung des Schulsystems“ (Röskau-Rydel 1993a: 151) und hatte einen eher punktuellen Charakter. Eine nachhaltige Vereinheitlichung des Systems der Mittelschulen gelang erst nach der Revolutionsphase. 1848 wurde das Ministerium des öffentlichen Unterrichts eingerichtet (vgl. Kapitel 6), dem „die oberste Leitung der Unterrichts-Angelegenheiten“, d. h. des gesamten Schulwesens „von der Volksschule bis zu Universität“ übertragen wurde (Engelbrecht 1986: 86). Damit war ein wichtiger Grundstein für die Neustrukturierung der Bildungsverwaltung gelegt. Die Verwaltung von Grund- und Mittelschulen wurde 1849 an die zuständigen Landes Schulbehörden delegiert, die sowohl für administrative Schulangelegenheiten als auch für „pädagogisch-didaktische Fragen“ zuständig waren (*Jahresbericht des K. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht* 1870/71: 6).

Wie bereits erwähnt, waren die Realschule, das Realgymnasium und das Gymnasium die drei wichtigsten Schultypen innerhalb des Mittelschulsystems der Habsburger, und alle drei Schultypen waren in Galizien vertreten. Die galizischen Realschulen boten eine vierjährige (die niedrigeren Realschulen) oder eine siebenjährige Ausbildung (höhere Zweige) (vgl. Majorek 1990: 71). In der Stadt Lemberg gab es über längere Zeit nur eine einzige Realschule. Sie wurde 1816–1817 unter dem Namen „K. k. Ober-Realschule zu Lemberg“ gegründet und sollte dem Zweck dienen, „die galizische Industrie zu beleben“ (Röskau-Rydel 1999: 45). Bis 1849 wurde die Realschulbildung in deutscher Sprache angeboten. Zu den Unterrichtsfächern gehörten Handelswissenschaften und Wechselrecht, Rechnen und mathematische Wissenschaften, Naturlehre und Chemie, Weltgeschichte und Geographie, Naturgeschichte, Technologie und Warenkunde, die

doppelte Buchhaltung, zugleich auch Sprachlehre und Stil, Religion, Deklamation, das Schönschreiben, polnische, französische und italienische Sprachen u. v. m. (vgl. Röskau-Rydel 1993a: 137). 1835/36 wurde die erste Lemberger Oberrealschule zu einer Real- und Handelsakademie mit einem kommerziellen Lehrkurs umgestaltet und später um einen mathematisch-technischen und einen landwirtschaftlich-technischen Kurs erweitert. Schließlich wurde diese Einrichtung in die 1844 eröffnete K. k. technische Akademie integriert, an der sie als eine zweiklassige Einrichtung funktionierte (Röskau-Rydel 1993a: 145–146; *Handbuch der Statthalterei Galizien* 1866: 289). Im Jahre 1851 waren in den beiden Jahrgängen der Realschule 139 Schüler eingeschrieben, die von zwölf Professoren unterrichtet wurden. Unter den Schülern überwogen Knaben römisch-katholischer Konfession mit polnischer und deutscher Muttersprache. Ca. 30 % der Schülerschaft waren Juden, die in den zeitgenössischen Schulstatistiken als eigene Nationalität behandelt wurden. Ukrainer und andere Nationalitäten machten nur einen sehr geringen Anteil der Schülerschaft aus (*Mittheilungen aus dem Gebiete der Statistik* 1. Jg., Heft IV, 1852: 94–96 sowie Hain 1852: 674). 1856/57 wurde die Realschule wiederum von der Technischen Akademie getrennt, und laut der allerhöchsten Entschließung vom 19. Februar 1856 wieder als eine selbständige sechsklassige Oberrealschule eröffnet, die später den Namen K. k. Erste Staats-Realschule bekam. 1860/61 waren hier 475 Schüler in sechs Klassen eingeschrieben (*Handbuch des Statthalterei-Gebietes* 1862: 277). Bis zum Ende der Monarchie bestanden in der Stadt zwei Staatliche Realschulen. Die K. k. Zweite Realschule in Lemberg wurde 1903 gegründet. 1913/14 hatte die K. k. Erste Staats-Realschule 565 Schüler und die K. k. Zweite Staats-Realschule – 797 Schüler. Zu diesem Zeitpunkt hatte Polnisch das Deutsche als Unterrichtssprache bereits abgelöst und so wurde in beiden Realschulen auf Polnisch unterrichtet (*Jahrbuch des höheren Unterrichtswesens in Österreich* 1914: 372).

Da die Lemberger Gymnasien in Kapitel 9 ausführlich behandelt werden, wird auf diese Schulform an dieser Stelle nicht eingegangen. Zu der dritten Mittelschulkategorie, dem Realgymnasium, ist anzumerken, dass diese in Lemberg erst gegen Ende des Untersuchungszeitraums entstand: Das erste Realgymnasium wurde im Jahre 1907 als Gymnasium Nr. VIII gegründet.

Alle öffentlichen Mittelschulen waren bis 1918 ausschließlich für Knaben zugänglich (vgl. Engelbrecht 2015: 90). Eine der wenigen öffentlichen Bildungsmöglichkeiten für Mädchen, die ihnen im Anschluss an die verpflichtende Grundschule offenstand, war die Ausbildung zur Grundschullehrerin. Mit der Zeit entstanden viele private Einrichtungen für Frauen, bspw. höhere Mädchenschulen, Mädchengymnasien und Lyzeen (vgl. Kapitel 8.5). Die letzteren eröffneten zu Beginn des 20. Jahrhunderts den jungen Frauen den Weg zu einer höheren Allgemeinbildung (vgl. Engelbrecht 2015: 181).

8.3 Exkurs A: Volksschulen in Lemberg (1772–1918)

Das Volks- oder Grundschulwesen Lembergs vor 1848 umfasste alle in der Monarchie vorgesehenen Schultypen, d. h. Trivialschulen, Hauptschulen und Normalschulen. Um 1848 gab es in Lemberg fünf Trivialschulen (vgl. Röska-Rydel 1993a: 90). Sie waren zweiklassig und wurden auch als Stadtschulen bezeichnet. Die erste Lemberger Städtische Hauptschule wurde 1787 gegründet. 1788/89 entstand die Zweite Städtische Hauptschule in Lemberg, und 1818 eröffnete man eine dritte Einrichtung dieser Art, nämlich die Hauptschule bei den Dominikanern⁵³. Alle Lemberger Hauptschulen waren allerdings nur dem männlichen Geschlecht vorbehalten. Um eine Vorstellung von der Größe dieser Bildungseinrichtungen zu vermitteln, sei erwähnt, dass im Jahre 1847 die Erste Städtische Hauptschule 398 Schüler zählte; die Hauptschule bei den Dominikanern hatte in demselben Jahr 370 Schüler (vgl. Röska-Rydel 1993a: 84–85; 88). Seit 1775 bestand in Lemberg eine Normalschule, auch Muster-Hauptschule genannt. Zu Beginn lediglich dreijährig, erhielt die Lemberger Normalschule 1790 eine reguläre vierte Klasse. An der Normalschule wurden zudem Lehrer für das ganze Kronland Galizien ausgebildet (vgl. Harbig 2016: 61 und 137). 1847 waren hier 657 Schüler sowie 57 geistliche und 43 weltliche Lehramtskandidaten (so genannte „Präparanden“) eingeschrieben (Röska-Rydel 1993a: 84).

Die Revolutionsjahre 1848–1849 brachten weitere bedeutende Veränderungen für das Volksschulwesen der Monarchie. Von 1849 an wurden die Angelegenheiten der Volks- wie auch der Mittelschulen den Landes Schulbehörden übertragen (*Jahresbericht des K. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht* 1870/71: 6). Die Schulorganisation stützte sich auf die von Franz Serafin Exner erarbeiteten *Grundzüge des öffentlichen Unterrichtswesens in Österreich* (1849). Weitere Reformen folgten im Zusammenhang mit dem Reichsvolksschulgesetz von 1869. Das neue Gesetz sah parallel zur achtklassigen Volksschule eine achtklassige Bürgerschule vor, eine weitere Schulform, die das bestehende Grundschulwesen ergänzte. Bürgerschulen boten eine über die Lernziele der allgemeinen Volksschule hinausreichende Bildung an (vgl. Rumpler & Seger 2010: 222). An den nichtdeutschen Bürgerschulen bestand die Möglichkeit zur Erlernung der deutschen Sprache (vgl. das Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869, RGBl. Nr. 62/1869, S. 279–280, §§ 17–19). Die Bürgerschulen existierten sowohl als achtklassige Einrichtungen parallel zu den Volksschulen, wie auch als dreiklassige Schulen, die im Anschluss an eine Grundschule

⁵³ Die Hauptschule bei den Dominikanern wurde privat finanziert. Das Dominikaner- und das Minoriten-Kloster trugen zu ihrem Unterhalt bei. Später wurde diese Hauptschule in ein Gymnasium umgewandelt.

besucht werden konnten. Sie wurden in Städten eingerichtet und sollten vor allem den Bedürfnissen der Gewerbetreibenden gerecht werden.

Für die Grundstufe des österreichischen Bildungswesens galt nach 1774 der Grundsatz, dass hier in der „Volkssprache“ unterrichtet werden sollte. Das betraf im Besonderen den Religionsunterricht (vgl. Marschall von Bieberstein 1993: 252–253). Ferner wurde die Muttersprache der Schüler als obligatorischer Lehrgegenstand für alle unterrichtet (vgl. Goebel 1999: 43–44). Da die Bildungsreformen von Maria Theresia und Joseph II. auf die monarchieweite Verbreitung der deutschen Sprache gerichtet waren, was dem Zweck der staatlichen Konsolidierung dienen sollte, war in der bereits erwähnten Schulordnung von Ignaz Felbiger von 1777 die Regel verankert, dass der Erwerb des Deutschen von der Elementarschule an stattfinden sollte. De facto wurde in den öffentlichen Grundschulen Lembergs bzw. Galiziens zwischen 1772 und 1848 vorwiegend auf Deutsch und Polnisch unterrichtet (vgl. Röskau-Rydel 2011: 74; Harbig 2016: 156). Das Ukrainische war lediglich an den griechisch-katholischen Pfarrschulen sowie im Religionsunterricht an anderen Volksschulen in Gebrauch⁵⁴ (vgl. Moser 2004a: 82–83). In Lemberg bestand zudem am Institut der ehemaligen Stauropigia-Bruderschaft eine Privatschule für ukrainische Kinder, die den Unterricht in ihrer Muttersprache anbot (vgl. Röskau-Rydel 1993: 69).

An der ersten und der zweiten Lemberger Hauptschulen fand der Unterricht bis 1848 hauptsächlich in deutscher Sprache statt. Zu Beginn der 1820er Jahre wurde hier die „polnische Sprachlehre“ eingeführt (Harbig 2016: 152). An der Hauptschule bei Dominikanern überwog hingegen schon vor 1848 der Unterricht auf Polnisch, da hier hauptsächlich aus Polen stammende Lehrer tätig waren (Röskau-Rydel 1993a: 88).

Die Alphabetisierung an der Lemberger Normalschule erfolgte vor 1848 ausschließlich auf Deutsch. Dennoch wurde diese Schule von Beginn an von deutsch- und polnischsprachigen Kindern besucht. Die polnischen Kinder erhielten zusätzlich den Unterricht in ihrer Muttersprache (vgl. Harbig 2016: 143).

Trotz der raschen Entwicklung des Volksschulwesens in Galizien konnte der tatsächliche Bedarf an Grundschulen lange Zeit nicht gedeckt werden, besonders außerhalb der größeren Städte. So besuchten 1845 lediglich 16,8 Prozent der schulpflichtigen galizischen Kinder eine Grundschule. Die Situation in der Stadt

⁵⁴ Diese Situation hatte unter anderem zur Folge, dass ukrainischsprachige Kinder in den öffentlichen Grundschulen oft unterrepräsentiert waren. Laut Erhebungen von 1812 besuchten zum Beispiel in der Erzdiözese Lemberg nur 10% der schulpflichtigen Kinder griechisch-katholischer Konfession eine öffentliche Volksschule (vgl. Röskau-Rydel 1993: 70). Erst ab 1848/49 erfolgte eine Ausweitung des ukrainischsprachigen Unterrichts auf die öffentlichen Schulen außerhalb des Religionsunterrichts (vgl. Moser 2004a: 83).

Lemberg war zwar besser als durchschnittlich im Umland, dennoch war die Grundschulbildung auch in der Stadt unzureichend organisiert. In den Volksschulen waren zum Teil über hundert Kinder in einer Klasse (vgl. Röskau-Rydel 1999: 46).

Infolge der Bildungsreformen stieg die Zahl der Volksschulen nach 1848 stetig an. 1862 bestanden in Lemberg folgende Grundschulen: die Musterhauptschule (376 Schüler), die Hauptschule bei den Dominikanern (361 Schüler), die Elisabethen-Hauptschule (260 Schüler), die Benediktinerinnen-Mädchen-Hauptschule (221 Schülerinnen), die Waisen-Mädchenschule bei den barmherzigen Schwestern (34 Schülerinnen) sowie die Mädchenschule für gebildete Stände bei den Armeniern (375 Schülerinnen). Daneben gab es eine Reihe von Trivialschulen für Knaben und Mädchen: die Schulen bei St. Magdalena (159 Schüler), bei St. Anna (280 Schüler), bei St. Martin (141 Schüler), bei St. Anton (209 Schüler), bei St. Nicolaus (130 Schüler), die Pfarrschule in Kleparow (41 Schüler) sowie drei deutsch-israelitische Schulen, an denen insgesamt 1107 Kinder eingeschrieben waren (vgl. *Handbuch des Staathalteregebietes* 1862: 279 ff. und 349).

An der Zahl der gesamten Bevölkerung Lembergs gemessen (1857 gab es in der Stadt 70.384 Einwohner; vgl. Kapitel 5), lässt sich leicht erkennen, dass das Volksschulwesen auch zu Beginn der 1860er Jahre nicht alle schulpflichtigen Kinder erfassen konnte. An den genannten Trivialschulen Lembergs erreichte die Zahl der Schulbesuchenden nicht einmal 50 % der Kinder im schulpflichtigen Alter zwischen dem 6. und dem 12. Lebensjahr (*Handbuch des Statthalteregebietes* 1862: 279–281). Für das gesamte Galizien fiel die Rechnung noch bescheidener aus. Laut Majorek (1990: 70) gingen 1868 lediglich 15% der schulpflichtigen Kinder Galiziens in eine Volksschule.

Die Reformen der 1860er Jahren förderten die Gründung weiterer Grundschulen in Lemberg. 1893 existierten hier bereits 25 und 1905 sogar 39 Volksschulen (Jarowiecki 2002: 134). Im Vergleich mit anderen Kronländern schnitt Galizien demnach in Fragen der Grundschulbildung sehr ungünstig ab. Trotz vorgeschriebener allgemeiner Schulpflicht blieben 1910 ca. 153.000 galizische Schüler dem Unterricht fern. Überproportional viele jüdische Schüler wurden aus konfessionellen Gründen „dem Unterricht entzogen“ (Rumpler & Seger 2010: 220.)

In sprachlicher Hinsicht ist für das Volksschulwesen Lembergs um die Jahrhundertmitte die beständige Kopräsenz von Deutsch und Polnisch festzustellen. Nach 1848 kam allmählich Ukrainisch dazu. Ende des 19. Jahrhunderts ging der Gebrauch der deutschen Unterrichtssprache im Grundschulwesen deutlich zurück. Laut zeitgenössischer Statistik gab es 1900 in der Stadt 54 Volksschulen, davon eine mit Deutsch, zwei mit Deutsch und Polnisch, 48 mit Polnisch und drei mit Ukrainisch als Unterrichtssprache. Zudem hatte die Stadt sechzehn Bürger-

schulen, eine davon mit deutscher, dreizehn mit polnischer und zwei mit ukrainischer („ruthenischer“) Unterrichtssprache (*Gemeindelexikon von Galizien* 1907: 3).

8.4 Exkurs B: Jüdisches Schulwesen in Lemberg

Einen besonderen Zweig des galizischen Bildungssystems stellten jüdische Schulen dar. Die Ausbildung der jüdischen Kinder befand sich lange Zeit in privater Hand. Dafür sorgten die dreistufigen religiös geprägten Schulen Chadarim⁵⁵, welche bis ins 20. Jahrhundert hinein bestanden. 1910 gab es in Galizien 339 solche Einrichtungen (Bihl 1980b: 923). Hier erlernten die Schüler das hebräische Alphabet sowie Lesen und Schreiben in hebräischer Sprache. Sie studierten die Thora und den Talmud. Da galizische Juden die traditionellen Chederschulen bevorzugten, waren jüdische Kinder lange Zeit in den Lemberger öffentlichen Volksschulen unterrepräsentiert (vgl. Röskau-Rydel 1999: 45–46; Andlauer 2001: 96–99).

Bereits 1781 bemühte sich Joseph II. die jüdischen Kinder stärker in das öffentliche Schulsystem einzubinden, indem er die Normalschulpflicht auf Juden ausweitete. Im Zuge der Josephinischen Reformen wurde das Konzept der deutsch-jüdischen Schulen entwickelt. Das Hofdekret vom 15. April 1786 ordnete an, „an jeder Judengemeinde eine deutsche Schule nach dem Muster der Normal-*schule* anzulegen“ (Röskau-Rydel 1993a: 71). Das deutsch-jüdische Schulwesen wurde unter staatliche Aufsicht gestellt.

In der Stadt Lemberg wurde die erste Deutsch-Jüdische Hauptschule im Schuljahr 1782/83 eröffnet. Ihr Besuch war für jüdische Kinder nahezu verpflichtend, denn ohne ein von dort ausgestelltes Zeugnis durften die Schüler nicht zum Thora-Studium zugelassen werden und bekamen keine Heiratserlaubnis (vgl. Röskau-Rydel 1999: 69). Diese Hauptschule war zugleich die Ausbildungsstätte für die zukünftigen Lehrkräfte der jüdischen Schulen. In sprachlicher Hinsicht wurde an dieser Einrichtung das Ziel verfolgt, den Kindern die Spracherziehung in Deutsch zukommen zu lassen. Deshalb wurden in der deutsch-jüdischen Schule weder das Jiddische, noch das Hebräische berücksichtigt (Harbig 2016: 81). 1787 entstand in Lemberg die Deutsch-Jüdische Trivialschule. Insgesamt genoss das deutsch-jüdische Schulmodell keine hohe Popularität: 1806 waren in Lemberg an deutsch-jüdischen Schulen lediglich 389 Schüler eingeschrieben (Röskau-Rydel 1999: 109). Die jüdische Bevölkerung zeigte zunehmend Widerstand gegen diese Schulform, sodass 1806 das deutsch-jüdische Schulwesen aufgehoben wurde. Damit verschwand auch die Pflicht für Juden, ihre Kinder in die öffentlichen Schulen zu

55 *Cheder*, Plural *Chadarim*: von hebräisch *heder* ‚Zimmer‘, ‚Stube‘ (DUW s.v.)

schicken. Die deutsch-jüdischen Schulen wurden mit den allgemeinen Volksschulen in Galizien zusammengelegt in der Absicht, jüdische Kinder in christlichen Schulen zu erziehen (vgl. Röskau-Rydel 1999: 45–46). In der Realität reichte der staatliche Nachdruck allerdings nicht aus, sodass die jüdischen Schüler Galiziens auch weiterhin vorwiegend die traditionellen Chadarim besuchten (vgl. Röskau-Rydel 1993a: 118).

Erst 1842/43 wurde erneut eine öffentliche deutsch-jüdische Schule in Lemberg genehmigt, nämlich die Deutsch-Israelitische Hauptschule. Sie wurde dank den Bemühungen der jüngeren Generation der jüdischen Aufklärungsbewegung Haskala eröffnet, die in Galizien starke Verbreitung fand. Die Einrichtung war nach dem Vorbild christlicher Grundschulen organisiert und bestand aus einer Elementarklasse und drei weiteren Klassen. Ihr Abschluss berechnete zum Besuch eines Gymnasiums oder der höheren Klassen einer christlichen Hauptschule (vgl. Röskau-Rydel 1999: 75). Die Unterrichtssprache war Deutsch; daneben wurden Kenntnisse in polnischer Sprache vermittelt (vgl. Harbig 2016: 132).

Die politischen Veränderungen nach 1848, in deren Zuge die jüdische Bevölkerung neue Rechte erlangte, führten zur Verbesserung des jüdischen Bildungswesens und zur Gründung weiterer Einrichtungen. 1862 existierten in Lemberg drei deutsch-israelitische Schulen: die Jüdische Hauptschule (auch als Israelitische oder als Deutsch-Israelitische Hauptschule bezeichnet) mit 305 Jungen und 391 Mädchen, die Städtische Trivialschule mit 59 Jungen und 135 Mädchen sowie die Vorstädtische Trivialschule mit 107 Jungen und 110 Mädchen (vgl. *Handbuch des Statthalterei-Gebietes in Galizien* 1862: 349).

Diese Tendenz setzte sich nach den Reformen von 1867–1869 fort. 1871 wurde in Lemberg die erste öffentliche israelitische Schule mit polnischer Unterrichtssprache gegründet – die Tadeusz-Czacki-Schule⁵⁶, die 1879 ihren vollständigen Betrieb aufnahm. Bis 1883 funktionierte sie als Schule für Mädchen und Jungen unter derselben Leitung, später wurden die Geschlechter getrennt. Neben den allgemeinbildenden Fächern wurden jüdische Religion und Hebräisch unterrichtet. Ebenfalls im Lehrprogramm vertreten waren Deutsch und Ukrainisch (vgl. Kaczyńska 2008: 379).

Auch die Zahl der Schulbesuchenden stieg an den israelitischen Schulen kontinuierlich an. Im Januar 1878 hatte die Israelitische Hauptschule insgesamt 990 Schüler, davon 466 Jungen und 524 Mädchen. An der Zweiten Israelitischen Volksschule waren 265 Jungen und 303 Mädchen eingeschrieben (vgl. CDIAL Fond 178, Op. 2, Akte 228).

⁵⁶ Die Schule wurde nach dem aus Wolhynien stammenden polnischen Wissenschaftler und Pädagogen Tadeusz Czacki (1765–1813) benannt.

Was die Unterrichtssprache an diesen Einrichtungen eingeht, so kann man hierbei vom ausgeprägten Utraquismus sprechen, d. h. vom zeitgleichen Gebrauch von zwei Unterrichtssprachen, wie es aus dem Briefwechsel zwischen dem Landesschulrat und den jüdischen Schulen aus dem Jahr 1873 hervorgeht (vgl. CDIAL Fond 178, Op. 2, Akte 228): da die jüdischen Kinder kein Polnisch beherrschten, wurde in einem der Schreiben vorgeschlagen, dass sie in der 1. Klasse im ersten Halbjahr zunächst Polnisch lernen.

Im Unterrichtsplan der Ersten Israelitischen Hauptschule in Lemberg für das Schuljahr 1886/87 ist die Unterrichtssprache ausdrücklich erwähnt: für manche Fächer sollte es Polnisch sein, andere Fächer durften hingegen gemischt unterrichtet werden. Genau genommen wurden Fächer wie Geographie, Geschichte, Naturwissenschaften, Hebräisch und Religion auf Deutsch unterrichtet, Rechnen und Polnische Sprache auf Polnisch, während die Fächer Deutsch und (Schön-) Schreiben teilweise gemischt, sowohl auf Polnisch als auch auf Deutsch, unterrichtet wurden (vgl. CDIAL, Fond 178, Op. 2, Akte 228).

Im späten 19. Jahrhundert zeigten sich die Lemberger Juden immer offener gegenüber dem öffentlichen Schulsystem. Zwischen 1871 und 1902 stieg die Zahl der jüdischen Schüler in den öffentlichen Volksschulen Lembergs von 1.261 auf 5.668 an. Um 1902 blieb nur noch ein Viertel der jüdischen Kinder in Lemberg den öffentlichen Schulen fern (vgl. Wierzbinić et al. 2000: 233). In sprachlicher Hinsicht tendieren die jüdischen Schulen Lembergs nach 1867 zur polnischen Unterrichtssprache (vgl. Kaczyńska 2008: 377). Aus dem Lemberger Archivmaterial geht allerdings hervor, dass an der Deutsch-Israelitischen Hauptschule der Religionsunterricht sowie der Hebräisch-Unterricht auf Deutsch erfolgten (vgl. CDIAL, Fond 178, Op. 2, Akte 186). 1909/10 bestanden in Lemberg zwei Schulen für „hebräische Sprache und Religion“, getragen von den jüdischen Vereinen *Jeschiwas Eiz Chaim* und *Marbice Thora*; die erste zählte 33 Schüler und die zweite 120 Schüler (*Österreichische Statistik Neue Folge*, Band 7, Heft 3, 1913: 277).

8.5 Exkurs C: Privates Mittelschulwesen in Lemberg

Eine wichtige Rolle im gesamten Schulsystem Lembergs spielten private Schulen. Sie entstanden überall dort, wo sich besondere konfessionelle, sprachliche oder andere Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung herausgebildet hatten, wie es am Beispiel des jüdischen Grundschulwesens deutlich gemacht wurde. Auch in der weiterführenden Bildung waren private Schulen anzutreffen, worauf unter anderem Stinia (2008) und Bilewicz (1997) hinweisen.

Wenn man die Entwicklung der privaten Mittelschulen Lembergs chronologisch skizziert, so ist an erster Stelle das 1842 gegründete Konvikt für Adelige zu

erwähnen – eine Besonderheit im Lemberger Mittelschulwesen. Diese kleinere Einrichtung⁵⁷ wurde durch Stiftungen finanziert, und die Bewerber mussten sich über die Zugehörigkeit zum galizischen Adel ausweisen. Die Ausbildung am Adelligen-Konvikt bestand nach Vorbild einer klassischen Lateinschule aus vier „Grammatikklassen“ in der Unterstufe sowie zwei „Humanitätsklassen“ in der Oberstufe. Die Unterrichtssprache war Deutsch (Röskau-Rydel 1993: 163–164). Das Konvikt blieb jedoch nicht lange bestehen; es wurde mit dem Erlass vom 24. Juli 1848 (Z. 4730) wieder aufgelöst (vgl. *Haupt-Repertorium über die Normalvorschriften in Unterrichtsangelegenheiten* 1864: 143).

Mit dem *Entwurf der Organisation der Gymnasien und Realschulen in Österreich* vom 15. September 1849 wurden die rechtlichen Grundlagen für das private Schulwesen geschaffen. Gründer und Träger privater Schulen waren vor allem Vereine, religiöse Orden sowie Einzelpersonen. Der Staat gewährte lediglich Subventionen. Ein großer Zuwachs privater Mittelschulen war in Lemberg Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu beobachten. Einer der Gründe dafür war der erfolgreiche Ausbau der Grundschulen, deren Abgänger zunehmendes Interesse an einem weiteren Bildungsweg zeigten. Private Ausbildungsstätten konzentrierten sich in größeren Städten. Lemberg hatte in den letzten Jahren der Monarchie dreizehn private Gymnasien (vgl. Stinia 2017: 57).

Eine große Rolle spielten private Gymnasien für die Ausbildung der Frauen, denn die öffentlichen Mittelschulen in Lemberg standen nur dem männlichen Geschlecht offen (vgl. Engelbrecht 2015: 90). Der Besuch eines privaten Mädchengymnasiums war – abgesehen von Lehrerinnenseminaren – die einzige Möglichkeit für junge Frauen, einen weiteren Bildungsweg einzuschlagen und eine Berechtigung zum Hochschulstudium zu erwerben. Der Beruf als Lehrerin war für gebildete Frauen oft die einzige angesehene Option, den Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten (vgl. Leszczawski-Schwerk 2015: 40). In den 1890er Jahren entstanden in Lemberg Bildungsvereine von Frauen, die sich verstärkt für Bildungsreformen, für die Zulassung der Frauen zum Hochschulstudium und somit für ihre neuen Berufsmöglichkeiten, bspw. als Journalistinnen oder Ärztinnen, einsetzten (vgl. Leszczawski-Schwerk 2015: 39–40 und 72). Die ersten Mädchengymnasien entstanden in Lemberg um die Jahrhundertwende. Allerdings konnten die Frauen das Abitur nicht unmittelbar an den Mädchengymnasien absolvieren, sondern mussten die Prüfungen als so genannte „Privatistinnen“, d. h. als externe Kandidatinnen mit privater Ausbildung, an den Knabengymnasien machen. Das auf diesem Wege erlangte Reifezeugnis berechtigte die Absolventinnen nach Voll-

57 1843 waren hier beispielsweise zehn Stipendiaten und sechs zahlende Zöglinge eingeschrieben (vgl. Röskau-Rydel 1993: 163).

endung des 18. Lebensjahres zum Besuch der Universität, allerdings nur als außerordentliche Hörerinnen (vgl. Engelbrecht 2015: 158; Pacholkiv 2002: 279). Die ersten Frauen waren an der Universität Lemberg 1897 zugelassen, und zwar an den Fakultäten für Medizin und Philosophie (vgl. Leszczawski-Schwerk 2015: 41). Erst nach 1900 war das Abitur grundsätzlich auch an Mädchenlyzeen oder -gymnasien möglich.

Bekannte Trägerinnen privater Schulen für Frauen in Lemberg waren die Lemberger Pädagogin Zofia (Sophie) Strzałkowska (1861–1923) und Wiktoria Niedziałkowska (1851–1914). Niedziałkowska, in Warschau geborene Pädagogin und Mitglied der Polnischen Pädagogischen Gesellschaft, unterrichtete zu Beginn ihres Berufsweges an Mädchenschulen in Kongresspolen und gründete später das erste humanistische Mädchengymnasium in Lemberg (vgl. Sanojca 2012: 369).

Das Sophie-Strzałkowska-Mädchengymnasium mit dem dazu gehörigen privaten Lehrerinnenseminar wurde 1897/98 gegründet. Die Einrichtung erfreute sich sehr bald hoher Popularität. 1912 waren hier 302 Schülerinnen eingeschrieben, davon 287 mit polnischer und 15 mit ukrainischer Muttersprache; 115 Mädchen gehörten der jüdischen Religion an (vgl. Sanojca 2012: 369).

1898/99 eröffnete die Lemberger Pädagogin Józefa Goldblatt-Kamerling eine sechsklassige private Mädchenschule mit deutscher Unterrichtssprache. Sie wurde zu Beginn hauptsächlich von jüdischen Mädchen besucht. Später wurde die Schule in ein polnischsprachiges jüdisches Mädchengymnasium umgewandelt. Die Abiturprüfungen für seine Absolventinnen fanden ab 1906 am Franz-Josephs-Gymnasium statt (vgl. Pacholkiv 2002: 280). 1902/03 öffnete das Juliusz-Słowacki-Mädchengymnasium seine Tore. Dort war zwar Polnisch die Unterrichtssprache, dennoch besuchten zu Beginn auch viele ukrainische Mädchen diese Schule. Die ersten Abiturprüfungen konnten die Schülerinnen im Jahre 1910 machen (vgl. Pacholkiv 2002: 279).

Das erste Gymnasium, das den Schülerinnen die Ausbildung in ukrainischer Sprache ermöglichte, entstand 1906 unter der Obhut des Ordens der Basilianerinnen. Alle hier eingeschriebenen Mädchen waren Ukrainerinnen, fast alle gehörten der griechisch-katholischen Konfession an (vgl. Pacholkiv 2002: 281). 1911 waren hier 162 Schülerinnen eingeschrieben.

1910 entstand aus dem ursprünglich privaten Königin-Hedwig-Mädchenlyzeum das Dritte Lemberger Mädchengymnasium mit polnischer Unterrichtssprache (*Jahrbuch des höheren Unterrichtswesens in Österreich* 1914: 408).

Laut zeitgenössischen Statistiken bestanden 1913/14 in Lemberg bereits ein Dutzend Mittelschulen für junge Frauen: Mädchengymnasien, Mädchen-Realgymnasien und Lyzeen. Sie alle blieben bis zum Ende der Monarchie in privater Hand (vgl. Stinia 2008: 119). Die größten von ihnen waren (1) das Private Mädchen-Gymnasium von Sophie Strzałkowska mit 306 Schülerinnen, (2) das Private Mädchen-Gymnasium von

Josefine Goldblatt-Kamerling mit 390 Schülerinnen sowie (3) das Private Juliusz-Słowacki-Mädchengymnasium mit 275 Schülerinnen (*Jahrbuch des höheren Unterrichtswesens in Österreich* 1914: 402–410). Die meisten dieser Schulen hatten Polnisch als Unterrichtssprache. Ausnahmen bildeten das Mädchen-Gymnasium der Basilianerinnen und das Private Lehrerseminar für Mädchen mit Ukrainisch sowie das Erste deutsche Mädchen-Lyzeum von Fanny Dittner⁵⁸ mit Deutsch als Unterrichtssprache. Letzteres wurde 1901/02 eröffnet und hatte 1913/14 bereits 50 „ordentliche“ Schülerinnen sowie 25 „Privatistinnen“ (vgl. *Hof- und Staatshandbuch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie* 1918: 1017–1018). Im Großen und Ganzen konnte in Lemberg innerhalb der letzten zwei Dezennien der Monarchie ein blühendes Mittelschulwesen für Frauen aufgebaut werden.

Private Mittelschulen wurden nicht ausschließlich für Mädchen gegründet, sondern auch für Knaben, wenn auch deutlich seltener. Als Beispiel sei an dieser Stelle das private Adam-Mickiewicz⁵⁹-Knabengymnasium in Lemberg genannt, das 1906 von Karol Petelenz⁶⁰ gegründet wurde. 1911/12 waren hier 153 Gymnasiasten eingeschrieben (vgl. Stinia 2008: 115–116).

8.6 Die Entwicklung der Lemberger Mittelschulen zwischen 1848 und 1918 in Zahlen

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war das Lemberger Mittelschulwesen nach dem gleichen Muster aufgebaut wie auch in anderen urbanen Zentren der Habsburgermonarchie. Die zeitgenössischen Statistiken nennen für das Jahr 1850 folgende Mittelschulen in Lemberg: eine Realschule (gegründet 1816/17) mit 17 Lehrenden und 236 Schülern sowie zwei Gymnasien mit insgesamt 49 Lehrenden und 1265 Schülern (*Mittheilungen aus dem Gebiete der Statistik*, 1. Jg., Heft IV, 1852: 90). Um 1850 hatten alle drei Einrichtungen die deutsche Unterrichtssprache, welche die vorher übliche lateinische Sprache ersetzte. Dieser Sprachwechsel erfolgte im

⁵⁸ Fanny Dittner kam im Jahre 1894 als Kindermädchen eines Generals aus Wien nach Lemberg. Die von ihr gegründete Schule war vor allem für Kinder österreichischer Offiziere geplant. Diese Schule wurde auch sehr gern von Töchtern aus jüdischen kaufmännischen Familien besucht (vgl. Sanojca 2012: 369).

⁵⁹ Als ein privates Knabengymnasium gegründet, erlangte das Mickiewicz-Gymnasium 1914 das Öffentlichkeitsrecht für alle 8 Klassen. Da es erst am Ende meines Untersuchungszeitraumes zu einem öffentlichen Gymnasium wurde, wurde diese Schule bei den Erhebungen nur wenig berücksichtigt.

⁶⁰ Karol Józef Petelenz (1847–1930) war Germanist und Professor für deutsche Literatur in Krakau, Autor von Gymnasiallehrbüchern für deutsche Sprache und Literatur sowie Mitglied im Lemberger Landesschulrat.

Zuge der Reformen von Joseph II., der mit seiner Schulpolitik zur Germanisierung des Unterrichts beitrug, um die Schulen „allen Bevölkerungsschichten zugänglich“ zu machen (Röskau-Rydel 1993: 38; 63; vgl. auch Sirka 1980: 34). Hierfür wurden oft Lehrkräfte aus anderen Teilen der Monarchie, speziell aus Böhmen, nach Galizien eingeladen, die bereits Erfahrungen im Umgang mit der Mehrsprachigkeit im schulischen Bereich hatten. Daneben bestanden in der Stadt weitere Schulformen, etwa Lehrerseminare, Kommerzschulen, Handelsschulen, eine Musikschule, eine Berufsschule, eine Hebammenschule sowie theologische Lehranstalten, welche als bischöfliche oder Ordensinstitute zu den „Privat-Anstalten“ zählten (*Mittheilungen aus dem Gebiete der Statistik*, 1.Jg., Heft IV, 1852: 2).

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfuhr das Lemberger Bildungswesen eine bemerkenswerte Entwicklung, sodass im Jahr 1900 die Stadt über sechs öffentliche Gymnasien (vier mit polnischer, ein mit deutscher und ein mit ukrainischer Unterrichtssprache), zwei öffentliche Realschulen, ein privates Mädchengymnasium, ein Mädchenlyzeum, zwei Mädchenmittelschulen, eine Lehrerbildungsanstalt (polnisch-deutsch-ukrainisch) und zwei Lehrerinnenbildungsanstalten (eine polnische und eine ukrainische) verfügte. Ferner bestanden in Lemberg folgende öffentliche und private Einrichtungen für weiterführende Berufsausbildung: eine Hebammenanstalt, eine Handelsakademie, eine Handelsschule, zwei kaufmännische und zwölf gewerbliche Fortbildungsschulen, eine Staatsgewerbeschule, eine Landeslehranstalt für Forstwirtschaft, zwei höhere Töchterschulen, ein Konservatorium für Musik, zwei Musikschulen, vier Klavierschulen, drei Gesangsschulen, eine Arbeitsschule, sechs geistliche Lehr- und Erziehungsanstalten für Mädchen, eine Kunstakademie u. a. m. (*Gemeindelexikon von Galizien* 1907: 3).

Diese Tendenz setzte sich bis zum Ende der Monarchie fort. Die Schulen der weiterführenden Stufe hatten ständigen Zuwachs zu verzeichnen. Im Schuljahr 1910/1911 zählte die Stadt acht öffentliche Gymnasien, darunter ein staatliches Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache, ein staatliches Gymnasium mit ukrainischer Unterrichtssprache sowie sechs staatliche Gymnasien mit polnischer Unterrichtssprache. Daneben hatte die Stadt dreizehn private Mittelschulen: ein privates (Knaben-)Gymnasium und acht private höhere Mädchenschulen mit polnischer Unterrichtssprache, eine private höhere Mädchenschule mit deutscher Unterrichtssprache, zwei private konfessionelle, römisch-katholische Mädchenschulen mit Polnisch als Unterrichtssprache sowie eine private griechisch-katholische höhere Mädchenschule mit Ukrainisch als Unterrichtssprache. Die deutsche Unterrichtssprache hatten 1910 also nur ein staatliches Gymnasium und eine private höhere Mädchenschule. Mit Ukrainisch als Unterrichtssprache bestanden ein staatliches Gymnasium sowie eine private höhere Mädchenschule. Die polnische Unterrichtssprache war zweifelsohne dominant im weiterführenden Schulwesen Lembergs – sie war an sechs staatlichen und an einem privaten

Gymnasium für Knaben in Gebrauch, ferner an acht privaten höheren Mädchenschulen sowie an zwei konfessionellen römisch-katholischen Mädchenschulen (vgl. Rumpler & Seger 2010: 225).

Zum Abschluss seien noch die Zahlen für 1914 angeführt. In diesem Jahr gab es in Lemberg acht öffentliche sowie ein privates Gymnasium für Knaben, zwei öffentliche Realschulen, zwölf private Gymnasien, Lyzeen und Realschulen für Mädchen, zwei öffentliche und drei private Bildungsanstalten für Lehrerinnen und Lehrer (*Jahrbuch des höheren Unterrichtswesens in Österreich* 1914: 268 und 469). Diese Zahlen zeigen deutlich, dass das Netz der Lemberger Mittelschulen im Laufe von 70 Jahren unverkennbar größer geworden war. Neben dem rein quantitativen Anwachsen der Bildungseinrichtungen erfolgte eine starke Ausdifferenzierung der Schultypen, die nun einen viel größeren Kreis von Schülern beider Geschlechter und verschiedener Sprachen und Konfessionen bedienen konnten.